

Der Weg zum europäischen Bürger

Warschau – Ein Jahr ist seit den Wahlen zum europäischen Parlament vergangen. Ein Jahr wird noch vergehen, bis Polen die Ratspräsidentschaft erstmals übernimmt. Dem durch den Vertrag von Lissabon gestärkten Europäischen Parlament kommt dabei eine tragende Rolle zu. Wie diese neue Rolle aussieht und welche Entwicklung das Europäische Parlament bisher genommen hat, das diskutierten die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) am 7. Juni gemeinsam mit Europaabgeordneten, Experten, Journalisten und Interessierten in der neuen Warschauer Universitätsbibliothek.

Dr. Jacek Kucharczyk, Leiter des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, beschrieb die dringendsten Herausforderungen in Brüssel: die Bewältigung der Wirtschafts- und Währungskrise. Obwohl das Europäische Parlament dabei durch den Lissabon-Vertrag verstärkt in der Verantwortung stehe, sei ein gewisses Maß an öffentlicher

Gleichgültigkeit zu verzeichnen. In Polen machte nicht einmal jeder vierte Wahlberechtigte bei den Europawahlen sein Kreuz. Knut Dethlefsen, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau, wies deshalb auf die Notwendigkeit einer stärkeren Integration der Bürger in die Europäische Union hin. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit



könne dabei helfen. Es dürfe keine Lücke zwischen den Bürgern und der Politik entstehen. Das Europäische Parlament als direkt gewählte Bürgervertretung auf europäischer Ebene ist gefragt, mehr Partizipation und eine größere Nähe zwischen Europapolitik und dem Bürger zu erzeugen.

Zur Schließung dieser Lücke zwischen Politik und Bürgern brauche es laut Dr. Agnieszka Łada, der Leiterin des Europaprogramms beim Institut für Öffentliche Angelegenheiten, zunächst eine europäische Staatsbevölkerung im Sinne eines Demos. Da ein solcher europäischer Demos bislang nicht bestehe, stelle sich die Frage, wie er zu aktivieren sei. Dies sei nur mit einem Strategiemix zu bewältigen. So müssten etwa die Wahlen, momentan noch in unterschiedlichen Modi und an verschiedenen Tagen abgehalten, vereinheitlicht werden. Desweiteren sei es von Bedeutung, vom nationalen auf einen

europäischen Bezugsrahmen zu wechseln. Würden die europäischen Parteien stärker als solche auftreten, seien die Wahlkämpfe weniger durch nationale Themen bestimmt. Die Medien seien in der Pflicht, regelmäßig und ohne nationale Bezüge über die Brüsseler Politik zu berichten, was bislang nur marginal geschehe. Ein polnischer Parlamentspräsident und eine baldige polnische Ratspräsidentschaft könnten als Gelegenheiten genutzt werden, die Polen an ihre europäische Bürgerpflicht zu erinnern und sie zu mehr Engagement zu motivieren.

Die Direktorin der Abteilung zur Vorbereitung der polnischen Präsidentschaft, Joanna Skoczek, und der Europaparlamentarier Rafał Trzaskowski stimmten die polnische Politik im Hinblick auf die Zeit des Ratsvorsitzes auf eine Menge Arbeit ein. Eine akkurate Vorbereitung sei wichtig, da die Reaktionszeiten sehr kurz und die Kompetenzanforderungen extrem hoch seien. Momentan sei die Phase, um die betreffenden Personengruppen, etwa polnische Minister, auf die neuen Aufgaben und den damit verbundenen Aufwand vorzubereiten. Anschließend müssten die Beteiligten das Brüsseler Machtgefüge und die richtigen Ansprechpartner kennenlernen.

Gleichwohl benannten Skoczek und Trzaskowski aber auch die Chancen, die sich durch die Präsidentschaft für Polen eröffneten. Mit einer gut organisierten Präsidentschaft könne das Land Verlässlichkeit demonstrieren und in Brüssel an Prestige gewinnen. Slowenien und Tschechien, die beide den Vorsitz bereits innehatten, hätten die halben Jahre als Test der Mitgliedschaft beschrieben.

Die polnischen Parlamentswahlen im Herbst 2011 stellen aus Sicht der beiden Diskutanten allerdings ein Hindernis dar. „Der Wahlkampf kann die wichtige politische Einheit behindern“, merkte Trzaskowski an. Nach der Wahl könne, bis ein neuer Premierminister im Amt ist, ein Machtvakuum entstehen, was sich durch die verringerte Rolle des Regierungschefs seit Lissabon jedoch weniger auswirke. Solche Hindernisse seien nur durch eine gute Vorbereitung zu lösen. Ein erfolgreicher Ratsvorsitz generiere politisches Kapital, das man anschließend einzulösen könne.



Auf dem zweiten Panel diskutierten die polnischen Europaabgeordneten Czesław Siekierski und Paweł Kowal unter Leitung des Europajournalisten Konrad Niklewicz von der „Gazeta Wyborcza“ aktuelle Fragen der Politik des Europäischen Parlaments. Dabei

sahen sie einen Schlüssel für das Entstehen eines europäischen Demos in der Wahlkreisarbeit im Alltag der Abgeordneten. Das polnische System mit seiner starken Wahlkreisorientierung erfordere von den Parlamentariern große Bürgernähe, wollten sie wiedergewählt werden. Nationale und lokale Themen müssten dabei genauso behandelt werden wie originär europäische, so Kowal.

Einigkeit herrschte bei allen Konferenzteilnehmern über die Relevanz einer erfolgreichen EU-Präsidentschaft. Eine der wichtigsten Aufgaben für die Europäische Union sei das Engagement der Bevölkerung. Dabei sei das Parlament von entscheidender Bedeutung.